



Mahn- und Gedenkstätte
Landeshauptstadt Düsseldorf

forum 

Forum Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen und
Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

Offener Werkstatt- Tag – Denk-Mal

Dokumentation, 10. März 2018

Inhalt

Eröffnung und Begrüßung	2
Moderation – Ansgar Drücker	2
Begrüßung – Dr. Bastian Fleermann, Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf.....	3
Begrüßung – Gabriele Bischoff, Forum Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*- Gruppen	4
Vorträge und Impulse	7
Historischer Impulsvortrag – Marcus Velke	7
Vortrag Überblick zu Denkmälern in der BRD und Europa – Astrid Hirsch	20
Vortrag zur Umsetzung von Kunst im öffentlichen Raum – Jörg-Thomas Alvermann.....	29
Arbeit in Workshops	30
Workshop 1 – Ort, Aussehen und Form des Gedenkens	30
Workshop 2 – Wem oder was gedenken wir?	34
Workshop 3 – Wie schaffen wir eine gelebte und erlebte Erinnerungskultur?.....	35
Ergebnispräsentation und Zielformulierungen	37

Eröffnung und Begrüßung

Moderation – Ansgar Drücker

Zur Eröffnung begrüßt Herr Ansgar Drücker die etwas mehr als 40 anwesenden Teilnehmenden in der Mahn- und Gedenkstätte und nennt gleich zu Beginn das Ziel des Tages:

„Wir haben heute einen ganzen Tag Zeit, um über einen Düsseldorfer Erinnerungsort für die Verfolgung Homosexueller im Nationalsozialismus, aber auch davor und danach, zu sprechen, zu diskutieren, aber dabei vor allem auch kreativ zu werden. Denn: Noch ist nichts entschieden, noch gibt es keinen Ort, keine Form, kein Material, keinen Text.“

Durch Herrn Ansgar Drücker hebt positiv hervor, dass die Initiative bereits jetzt viele Engagierte und potenzielle Unterstützerinnen und Unterstützer hat, einige davon sind auch anwesend. Herr Ansgar Drücker weist darauf hin, dass die Mahn- und Gedenkstätte auch ein Museum umfasst. Er bittet um äußerste Vorsicht. Exponate sollen nicht berührt oder angestoßen werden.

Der Offene Werkstatt-Tag ist eine öffentliche Veranstaltung im laufenden Ausstellungsbetrieb. Es ist daher möglich, dass die Veranstaltung wechselnde Teilnehmende und gelegentlich Zaungäste hat. Das Hausrecht liegt bei der Mahn- und Gedenkstätte und wird bei Störversuchen auch ausgeübt.

Willkommen geheißen werden die im Arbeitskreis beim Forum Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans-*Gruppen zur Vorbereitung und Begleitung rund um den geplanten Erinnerungsort tätigen Ehrenamtlichen: Gabriele Bischoff, Norbert Czerwinski, Christian Naumann, Dirk Jehle, Philip Tacer, Burkhard Minnerup (nicht anwesend), Konrad Breske (nicht anwesend), Lutz Hermanns und Uwe Augustin.

Die Ergebnissicherung erfolgt durch Christian Naumann. Er ist ehrenamtlich als einer der vier Sprecher_innen der Forums Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen tätig.

Herr Ansgar Drücker stellt im Weiteren kurz den Ablauf des Werkstatt-Tages vor. Die Veranstaltung wird eröffnet vom Hausherrn Dr. Bastian Fleermann. Anschließend begrüßt Gabriele Bischoff für das Forum Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen.

Weiterhin werden Frau Kerstin Früh vom Stadtarchiv der Stadt Düsseldorf, Herr Wolfgang Rolshoven von den Düsseldorfer Jonges, Herr Nicolaus Grosch von der Geschäftsstelle der Kunstkommission und inzwischen auch erste Mitglieder des Rates der Stadt Düsseldorf begrüßt: Neben Herrn Norbert Czerwinski ist inzwischen auch Frau Paula Elsholz anwesend.

Begrüßung – Dr. Bastian Fleermann, Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf

Dr. Bastian Fleermann ist Historiker und Ethnologe. Seine Schwerpunkte sind rheinische Geschichte, deutsch-jüdische Geschichte und allgemein die Zeit des Nationalsozialismus. Er ist Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, die seit 1987 als Museum, Forschungsstätte und Archiv fungiert und der Stadtverwaltung Düsseldorf angegliedert ist.

Herr Dr. Bastian Fleermann dankt Herrn Ansgar Drücker zu Beginn seiner Begrüßung für dessen Moderation. Herr Dr. Bastian Fleermann greift das Ziel des heutigen Tages auf und spricht von einem Auftakt und einem Aufschlag für einen neuen Erinnerungsort in Düsseldorf. Er bewertet die Anforderungen an einen solchen neuen Erinnerungsort als „paradox“. Während der Offene Werkstatt-Tag mit und in der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf durchgeführt wird, die die NS-Verfolgung ins Zentrum stellt, werden am heutigen Tag auch Kontinuitätslinien in den Fokus gerückt. Er erwähnt, dass die Idee eines Erinnerungsortes für die Verfolgung Homosexueller in Düsseldorf während des Nationalsozialismus bereits ein alter Wunsch ist. Die Mahn- und Gedenkstätte habe dem immer wieder Rechnung getragen. So gab es 1987 bereits eine Stele zu diesem Thema in der Mahn- und Gedenkstätte. In den 1990er Jahren gab es eine eigene Ausstellung, die mit dem Historiker Frank Sparing konzipiert wurde. Und nicht zuletzt sind auch Stolpersteine ein

Zeugnis dafür, dass die Erinnerung an die Verfolgung von Homosexuellen in Düsseldorf vielen ein Bedürfnis ist.

Herr Dr. Bastian Fleermann stellt fest, dass die Initiative offene Türen einrennt. Die Düsseldorfer Stadtgesellschaft, die sich zumindest öffentlich als weltoffen und liberal versteht, stünde hinter der Initiative. Herr Dr. Bastian Fleermann freut sich über die Impulse und Vorträge, die im ersten Teil der Veranstaltung folgen. Er erwähnt den Historiker Marcus Velke von der Universität Bonn, Astrid Hirsch als freie Mitarbeiterin der Mahn- und Gedenkstätte, die das Projekt seitens der Mahn- und Gedenkstätte maßgeblich betreut, sowie Herrn Jörg-Thomas Alvermann, der die Kunstkommission vorstellen wird.

Herr Dr. Bastian Fleermann schließt seine Begrüßung mit einem Wunsch. Er wünscht sich für den heutigen Tag ein hohes Maß an Offenheit. Für einen Erinnerungsort sei zum jetzigen Zeitpunkt nichts vorgefertigt und alle Teilnehmenden können ihre Gedanken frei miteinander teilen. In diesem Zusammenhang erwähnt Herr Dr. Bastian Fleermann, dass alle eine Meinung haben und diese auch äußern sollen, die Teilnehmenden aber Acht darauf geben mögen, dass auch zugehört wird und sich alle mit gegenseitiger Offenheit begegnen. In diesem Sinne könne man mit größtmöglicher Offenheit an das Projekt herangehen.

Begrüßung – Gabriele Bischoff, Forum Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen

Gabriele Bischoff ist seit fast 20 Jahren Geschäftsführerin der Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW e.V. mit Sitz in Düsseldorf und eine der vier Sprecher_innen der Forums Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen.

„Schon 1996 entstand die Idee, einen Ort in Düsseldorf zu finden, an dem an das Schicksal von Lesben und Schwulen erinnert wird. In den vergangenen 40 Jahren wurden in unserer Stadt einige Gedenkorte geschaffen. Sie erinnern an bestimmte Ereignisse (Pogromnacht am

Ort der ehemaligen Synagoge) oder betroffene Gruppen (Ehra-Figur am alten Hafen für Sinti und Roma).

In verschiedenen Diskussionen unserer Community entstand dabei der breite Wunsch, nicht nur an die Verfolgung und Vernichtung zur Zeit des Nationalsozialismus zu erinnern, sondern auch die Zeit danach in den Blick zu nehmen.

Im August 2008 hatte sich vor dem Hintergrund der Diskussionen um ein zentrales Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen in Berlin eine Arbeitsgruppe gegründet, um in Düsseldorf ein Denkmal zur Erinnerung an das Unrecht, dass Lesben und Schwule während des Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit auch in Düsseldorf erlitten haben, zu errichten.

Wie die historischen Forschungen im Auftrag der Mahn- und Gedenkstätte ergeben hatten, war Düsseldorf ein Zentrum der Verfolgungen durch die Gestapo.

Aber mit der Befreiung vom Nationalsozialismus war die Verfolgung der Homosexuellen in Deutschland nicht zu Ende. So übernahm die Bundesrepublik Deutschland den § 175 StGB in der von den Nazis drastisch verschärften Form und das sogenannte Sittengesetz sorgte dafür, dass Lesben und Schwule nicht das von ihnen gewünschte Leben führen konnten.

Schon 2008 suchten wir kommunale UnterstützerInnen, einmal für den Ort, aber auch für die Finanzierung. Die Engagierten wünschten sich eine repräsentative, ansprechende Gestaltung.

Wir hatten Gespräche mit den Ratsfraktionen der SPD und der Grünen, CDU und FDP meldeten sich damals nicht. Das Gespräch mit Vertretern und Vertreterinnen der Freien Wähler machte der damaligen Gruppe deutlich: wir brauchen eine breite bürgerliche Mehrheit in Düsseldorf, sonst könnte ein solches Denkmal instrumentalisiert werden.

Und: Den Beteiligten war und ist es wichtig, dass ein solches Denkmal kein privates Denkmal der Betroffenen wird, sondern dass die Stadt Düsseldorf sich diesem Anliegen öffnet und sich mitverantwortlich für eine würdige Gestaltung an einem zentralen Ort zeigt.

Diese Mehrheit sehen wir nun durch den Rat der Stadt Düsseldorf gewährleistet.

In der Zwischenzeit wurde auf Anregung des Forums ein Stolperstein für Josef Völker gelegt, zusätzlich zu den bereits verlegten Stolpersteinen für die Düsseldorfer Josef Herkenrath und Bernhard Esch. Die drei waren im Nationalsozialismus nach § 175 verurteilt worden. Und es gibt Pläne, einen weiteren Stolperstein, nämlich für Gerhard Klemens, zu verlegen.

Außerdem hat das Forum Düsseldorfer Lesben- und Schwulengruppen im April 2013 bei der Bezirksverwaltungsstelle 03 die Benennung von neuen Straßen in Oberbilk nach Dr. Botho Laserstein und Cilly Helten beantragt. Grundsätzlich steht die Stadtverwaltung diesem Ansinnen positiv gegenüber, aber: Es müssen auch neue Straßen dafür gefunden werden.

Um es kurz zu machen: Vieles scheint heute selbstverständlich und wenig erinnert daran, dass vor über 80 Jahren im Zuge der Nürnberger Gesetze die Verschärfung des §175 verfügt wurde.

Wir, das Forum Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans-Gruppen sind der Mahn- und Gedenkstätte und hier vor allem Dr. Bastian Fleermann und Astrid Hirsch sehr dankbar, dass wir Sie an unserer Seite wissen. Sie begleiten die Planungen von Anfang an wohlwollend und sachkundig. Schon vor Jahrzehnten haben Sie das Schicksal der Homosexuellen in Düsseldorf zur Zeit des Nationalsozialismus mit einer Ausstellung und Publikation öffentlich gemacht.*

Zur damaligen Ausstellung im Jahre 1996 entstand die erste Idee für ein Denkmal. Eigentlich ist es unfassbar, dass es über 20 Jahre gedauert hat, bis es zu dem heutigen Werkstattgespräch gekommen ist. Aber: manche Bewegungen und Entwicklungen brauchen halt ihre Zeit.

Ich freue mich auf den heutigen Tag und bin sehr gespannt, welche Ideen es hier im Raum gibt, um angemessen nicht nur an die Verfolgung und Vernichtung zur Zeit des Nationalsozialismus zu erinnern, sondern auch die Zeit danach in den Blick zu nehmen.

Unsere Fragestellungen lauten für heute:

- *Wie soll ein solcher Ort aussehen?*
- *Und wo soll er sein?*
- *Steht das Künstlerische oder das Dokumentarische im Vordergrund?“*

Vorträge und Impulse

Historischer Impulsvortrag – Marcus Velke

Marcus Velke ist Historiker und promoviert an der Universität Bonn zum Thema „Estnisches Exil in Deutschland 1939-1991“. Er ist Vorsitzender des Centrums Schwule Geschichte Köln und hat an dem Zeitzeug*innenprojekt der schwul-lesbischen ARCUS-Stiftung in NRW mitgearbeitet. Darüber hinaus ist er bei der Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren (BISS) tätig und berät hier die nach 1945 nach den Paragraphen 175 StGB und 151 StGB-DDR zu Unrecht verurteilten Personen in Fragen zur Rehabilitierung und Entschädigung.

Herr Marcus Velke bezieht gleich zu Beginn seines Vortrags wie folgt Stellung:

*„Düsseldorf braucht dringend ein Denkmal, ein Mahnmal, eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die Diskriminierung, Verfolgung und auch Vernichtung derjenigen Menschengruppe, die wir heute als LSBT*I zusammenzufassen gewohnt sind.“*

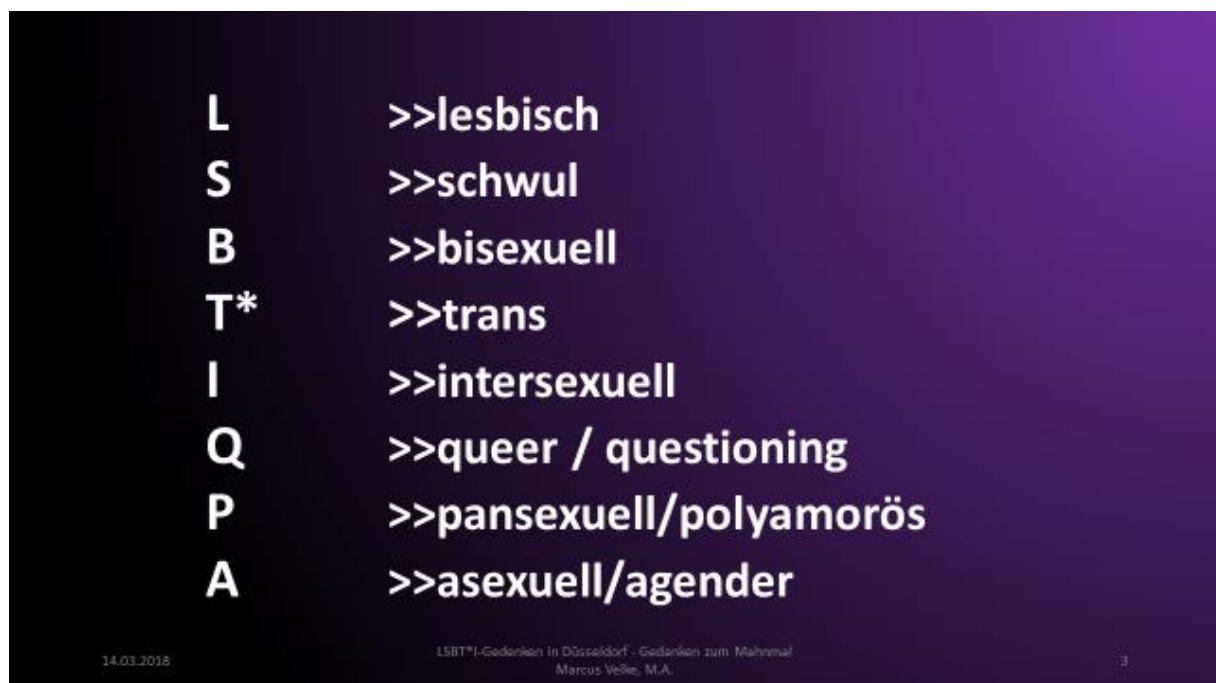


Er hebt hervor, dass die Initiator_innen ein umfassendes Mahnmal planen, das sich nicht nur auf einen der Buchstaben aus dem LSBT*I-Kürzel bezieht. Sie planen, ein Mahnmal zu schaffen, das die allgemein übliche Begrenzung der bisherigen Gedenktätigkeit auf die Zeit des Nationalsozialismus durchbricht und Kontinuitätslinien ins Gedenken miteinbaut. Er erwähnt, dass sich ihm beim Betrachten der bestehenden Mahnmale für die NS-Opfer aus der Gruppe der sexuellen Minderheiten der Eindruck aufdrängt, als seien ausschließlich Schwule und vielleicht auch Lesben, und dies auch nur in der Zeit des NS, Opfer staatlich-gesellschaftlicher Repression geworden. Eigentlich wissen jedoch alle, dass es sowohl vor dem 30.1.1933 als auch nach dem 8.5.1945 diese Verfolgung sexueller Minderheiten gegeben hat. Anders gesagt: Die Nazis haben die Verfolgung und Diskriminierung von sexuellen Minderheiten nicht „erfunden“. Diese konnten ihren diesbezüglichen Verfolgungsapparat auf alte bis uralte Ressentiments aufbauen.



Herr Marcus Velke fährt weiter fort mit einem Blick auf die Begrifflichkeiten, die durch das Düsseldorfer Denkmal abgedeckt werden sollen. Die aufgeführten Bezeichnungen stünden für moderne Konzepte von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

Nach seiner Auffassung – und auch nach der Auffassung anderer Historiker*innen – können diese Begriffe aber nicht uneingeschränkt für alle Zeiträume verwendet werden, die das hier geplante Mahnmal umfassen soll.



Damit sei nicht gesagt, dass nicht bei genauem Hinsehen auch im wilhelminischen Kaiserreich, in der Weimarer Republik und Nationalsozialismus Menschen gefunden würden, die genau diese Identitäten verkörpert haben. Sie hätten sich aber anders benannt oder kannten gar keine Eigenbezeichnung. „Hätten die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen die Notwendigkeit verspürt,“ so Velke, „ihre Orientierung und Identität in ein für sie passendes Kürzel zu gießen, hätte das vielleicht so ausgesehen:



Herr Marcus Velke gibt zu bedenken, dass eine Inschrift „LSBTI*“ auf einem Mahnmal sehr ungenau und vor allem als Ausdruck der heutigen Kämpfe in der LSBTI-Community um ausreichende Anerkennung, Sichtbarkeit und Gesehen werden wäre. „Den Menschen, um die es Ihnen hoffentlich auch geht, würde das aber nur teilweise gerecht.“

Die Hauptbegründung für die Notwendigkeit des Mahnmals in Düsseldorf lässt sich laut Herrn Marcus Velke aus der Zeit des Nationalsozialismus ableiten.

„Der eine oder die andere unter Ihnen hat sicherlich in den letzten Tagen die Zeitungen in Düsseldorf verfolgt oder auch die nach wie vor gültige und verdienstvolle Studie von Frank Sparing, >>„wegen Vergehen nach § 175 verhaftet“. Die Verfolgung der Düsseldorfer Homosexuellen während des Nationalsozialismus << von 1997 gelesen. Insofern ist es nichts Neues für Sie, zu hören, dass nach Berlin oder auch Hamburg in keiner anderen Stadt des Deutschen Reiches während der NS-Zeit so viele Männer wegen homosexueller Vergehen festgenommen wurden wie in Düsseldorf.“



Herr Marcus Veße fährt fort, dass der NS-Ideologie eine unglaubliche Menschenfeindlichkeit zu eigen war. Überkommene moralische Werte wie z.B. „Du sollst nicht töten“ galten zwar auch im Nationalsozialismus, allerdings nur noch für diejenigen, die zweifelsfrei zur „Volksgemeinschaft“ gehörten, die im Dritten Reich nur die Deutschen bilden sollten. Grundvoraussetzung zur Teilhabe an der Volksgemeinschaft sei die Zugehörigkeit zur arischen Rasse gewesen. Die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger im Reich bzw. diejenigen, die von den Nazis u.a. durch die Nürnberger Rassegesetze zu „Juden“ gemacht wurden, gehörten nicht dazu und konnten aufgrund ihrer vermeintlichen rassistischen Minderwertigkeit gar nicht dazugehören. Gleiches galt für die sogenannten Zigeuner oder für die slawischen Untermenschen, also Polen, Russen, Ukrainer usw., aber auch deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen konnten mit tödlichen Folgen aus der Volksgemeinschaft ausgeschlossen werden, wenn sie z.B. „erbkrank“ waren, „arbeitscheu“, Alkoholiker oder in sonstiger Weise das, was „asozial“ genannt wurde. Homosexuelle männliche Volksgenossen seien demnach Volksschädlinge gewesen. Sie gefährdeten durch ihre Verweigerung der Reproduktion den Fortbestand der arischen Herrenrasse, die jedoch

unabdingbare Voraussetzung war, um im Kampf der Rassen ums Dasein, vor allem gegen die Juden, bestehen zu können. Homosexuelle seien gefährliche Jugendverderber, sie gefährdeten den männlich dominierten NS-Staat. Sie waren damit Staatsfeinde allererster Ordnung.

„Wenn man das, was ich gerade ausgeführt habe, von den Bestandteilen der NS-Ideologie trennt, kommt man zur homophoben Grundeinstellung, die in Deutschland von alters her gegenüber denjenigen vorherrschte, die sich der „widernatürlichen Unzucht“ schuldig machten. Männliche Homosexualität war schwerste Sünde, widernatürlich, den Erhalt des Volkes gefährdend, jugendgefährdend, in ihrer Sichtbarkeit während des wilhelminischen Kaiserreiches und der Weimarer Republik gefährliches Symptom der völkischen Degeneration und während der Weimarer Zeit Ausdruck der „verjudeten“ Moderne.“



Die Nazis seien aber in ihren eigenen Reihen nicht frei von dieser „verderblichen Seuche“ gewesen, ganz im Gegenteil. Die Öffentlichkeit und auch der politische Gegner auf der linken Seite nahmen genau wahr, dass die Nazis und ihre Gliederungen, hier vor allem die SA, als männerbündlerische Institutionen homosexuelle Männer geradezu anzogen.

„Sozialdemokratie und Kommunisten schlachteten dies genüsslich aus und konstruierten einen ursächlichen Zusammenhang von Faschismus und Homosexualität, führenden NS-Politikern wurde Homosexualität unterstellt.“

Seit 1872 bestrafte auf dem Gebiet des Deutschen Reiches der berüchtigte § 175 die sogenannte „widernatürliche Unzucht“ unter Männern mit Gefängnis und der Aberkennung bürgerlicher Ehrenrechte. 1935 wurde dieser Paragraph von den Nationalsozialisten verschärft und um den § 175a erweitert, der schwere Unzucht – gemeint waren damit gleichgeschlechtliche Prostitution und Missbrauch von Minderjährigen bzw. von Männern in Abhängigkeitsverhältnissen – mit Gefängnis oder Zuchthaus bestrafte.

„Dabei war bis 1935 der Nachweis erforderlich, dass eine sog. beischlafähnliche Handlung erfolgt war, also sexuelle Handlungen, die in irgendeiner Form den vaginalen heterosexuellen Geschlechtsverkehr nachahmte. Das musste vor Gericht erst einmal bewiesen werden.“

Die größere Gefahr drohte bis 1933 Männern aus den sozialen Konsequenzen, die der Verdacht nach sich zog, gegen den § 175 verstoßen zu haben. Die Betroffenen waren gesellschaftlich ruiniert, verloren ihre Arbeit, ihre Stellung und starben somit den sozialen Tod, dem nicht selten auch der physische Tod durch Freitod folgte.

Eine weitere große Gefahr in diesem Zusammenhang sei das Erpresserunwesen, das zahlreiche Männer finanziell ruinierte und ebenfalls nicht selten in den Freitod trieb.

„Trotz dieser Umstände blühte in Kaiserreich und Weimarer Republik die Subkultur auf, es gab mit dem wissenschaftlich-humanitären Komitee Magnus Hirschfelds eine der ersten homosexuellen Emanzipationsbewegungen der Welt.“



„Widernatürliche Unzucht“ unter Frauen sei in Deutschland nie Gegenstand strafrechtlicher Verfolgung gewesen, so Velke. Gemäß ihrer untergeordneten Stellung in Staat und Gesellschaft wurde der Sexualität von Frauen keinerlei Bedeutung zugemessen. Gleichgeschlechtliche Umtriebe unter Frauen waren vor diesem Hintergrund zum einen eine vernachlässigungswerte Angelegenheit. Zum anderen galten frauenliebende Frauen aber auch als schwere sittliche Gefährderinnen, die die Frau der Ehe entziehen.

„Durch das Zuführen geeigneter Männer waren solche Frauen jedoch noch im Reproduktionsprozess zu gebrauchen, so die landläufige Vorstellung.“

Die Frauenbewegung, die im späten wilhelminischen Kaiserreich immer sichtbarer wurde, galt dabei als lesbisch unterwandert. Beides – Frauenbewegung und frauenliebende Frauen – galten der männerdominierten Welt als degenerative Symptome der verderblichen Moderne. Und in der Tat habe es in der Frauenbewegung Frauenpaare gegeben, die heute als lesbische Paare bezeichnet würden, die sich selber aber keinesfalls als solche gesehen haben.

Bis in die 1950er Jahre hinein gab es immer wieder vergebliche Bestrebungen und Versuche, den § 175 auch auf Frauen auszudehnen. Die weibliche Homosexualität galt nicht im gleichen Maße als staatsgefährdend wie die der Männer.

„Es wurde auch angenommen, dass Frauen nicht so viel sexuellen Appetit hätten wie Männer und darum auch in homosexueller Betätigung nicht dazu neigten, alles ins Bett zu zerren, was bei drei nicht auf den Bäumen ist.“

Aus der Tatsache, dass der § 175 und später auch der § 175a nicht für Frauen galten, wurde dann konstruiert, dass es im Nationalsozialismus und danach keine Lesbenverfolgung gegeben habe.

„Dieses Konstrukt hält sich hartnäckig bis in unsere Tage und bewirkt z.B., dass in der Gedenkstätte des Frauen-KZ Ravensbrück und anderswo lesbischer Frauen nicht gedacht werden kann.“

Herr Marcus Velke wechselt nun zum Thema Transsexualität und Intersexualität.

Transvestitismus galt als eine Unterkategorie der Homo- und Bisexualität, sehr zum Missfallen heterosexueller Transvestiten, die zwar die Kleidung des jeweils anderen Geschlechts trugen und vielleicht auch die dazu gehörende soziale Rolle auslebten, aber ansonsten keinesfalls gleichgeschlechtlich orientiert waren.

„Es war nicht verboten, die Kleidung des jeweils anderen Geschlechts zu tragen. Allerdings wurden Transvestiten gerne wegen Erregung öffentlichen Ärgernisses belangt, wenn sie aufgrund ihrer Kleidung für Volksaufläufe sorgten.“

Bis in die Weimarer Zeit hinein verbesserten sich, so Velke, nach und nach die juristische und die medizinische Situation von Transvestiten. Geschlechtsangleichende Operationen waren möglich; die Hormontherapie machte entscheidende Fortschritte. In Berlin z.B. bot Magnus Hirschfeld für Transvestiten Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten an.

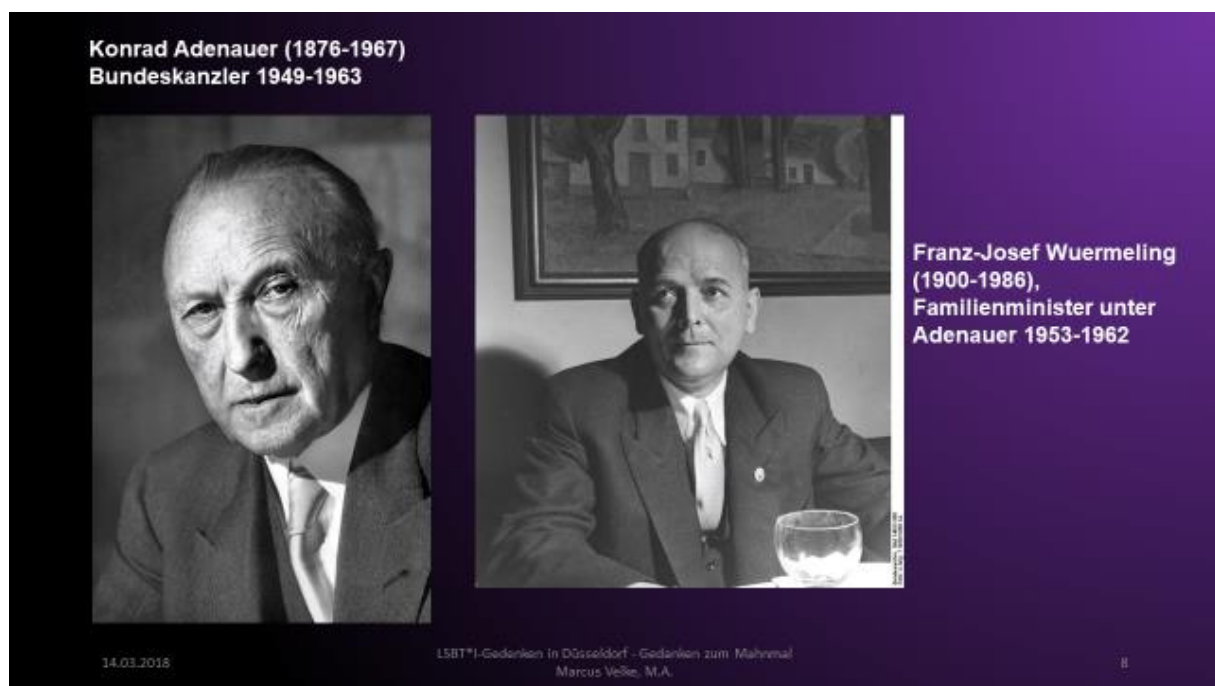
Im Nationalsozialismus scheinen Transvestiten keinen besonderen Verfolgungsschwerpunkt gebildet zu haben. Sie wurden jedoch, sofern sie noch über männliche Geschlechtsorgane

verfügten, als Mann „gelesen“ wurden und beim Sex mit einem anderen Mann erwischt wurden, ebenfalls nach den Bestimmungen der §§ 175 und 175a strafrechtlich verfolgt. So mancher Lebensweg eines Transvestiten endete daher im Konzentrationslager.

„Was Intersexuelle und NS angeht, so bleibt hier nur zu konstatieren, dass es hier nur wenige Forschungsergebnisse gibt. Aus Sicht der Rassenhygieniker waren Hermaphroditen eine biologische Gefahr, zurückzuführen auf die Vermischung höher- und minderwertiger Rassen. Bei Jüdinnen und Juden trat Intersexualität wenig überraschend angeblich gehäuft auf. Empfohlen wurde, generell alle Menschen mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen zu sterilisieren, um sie an der Weitergabe ihres Erbgutes zu hindern.“

Insgesamt scheint Intersexualität kein großes Thema während der NS-Zeit gewesen zu sein. Denkbar sei, dass unter den Transvestiten Intersexuelle waren, die nicht als solche „erkannt“ wurden und z.B. wegen Verstoßes gegen § 175 in die Fänge der NS-Verfolgungsmaschinerie gerieten.

Die Verfolgung und Diskriminierung von sexuellen Minderheiten habe 1945 nicht aufgehört.



Die §§ 175/175a in der verschärften NS-Fassung blieben in der jungen Bundesrepublik Deutschland in Kraft und galten lange Zeit nicht als typisches NS-Unrecht.

„Hier waren es nicht zuletzt die Kirchen, die im Verein mit der Regierung Adenauer massiv homophob agitierten, wobei allen Parteien attestiert werden muss, dass sie die Verfolgung der männlichen Homosexualität guthießen.“

Erst 1969 wurde in der Bundesrepublik Deutschland die NS-Fassung entschärft. 1994 wurde der § 175 endgültig aufgehoben, im Gefolge der Wiedervereinigung. Die DDR hatte 1988 ihren § 151, der übrigens auch Lesben bedrohte, aufgehoben. Durch die Wiedervereinigung sollten Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR juristisch keine Nachteile haben – diesem Umstand ist die endgültige Abschaffung des Paragraphen zu verdanken. Erst nach der Jahrtausendwende konnte sich der Staat dazu durchringen, zuerst die Urteile aus der Zeit des Nationalsozialismus und jüngst die aus der Nachkriegszeit aufzuheben und die Betroffenen zu rehabilitieren.

„Frauen wurden in der Adenauerzeit gezielt unterdrückt. Das Lebensmodell „alleinstehende Frau“ – egal, ob lesbisch oder nicht – war nicht vorgesehen; die lebenslange Ehe mit Sexualität, die allein der Kindererzeugung dient, war das Ideal. Die Ehescheidung wurde massiv erschwert, Frauen auch in der Rentenversicherung massiv benachteiligt und dadurch in stärkste Abhängigkeit von Männern gebracht. Das Schuldprinzip im Scheidungswesen führte dazu, dass gegen den Willen der schuldlosen Seite eine Ehe nicht geschieden werden konnte. Es wurde dadurch Frauen nahezu unmöglich gemacht, ihre Ehe zu verlassen, wenn sie mit einer Frau zusammenleben wollten. Bis in die 1990er Jahre hinein wurden lesbischen Frauen, die Kinder hatten und diese aus einer Ehe mitnehmen wollten, die Kinder entzogen. Sie sehen also – auch ohne Ausdehnung des § 175 auf Frauen konnte man lesbischen Frauen zu Leibe rücken.“

Transvestiten wurden, so Velke, vielfach an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Hormonbehandlungen und geschlechtsangleichende Operationen wurden lange nicht von

den Krankenkassen bezahlt. Wer sich dazu entschied, mit einer neuen Geschlechtsidentität zu leben, wurde vielfach aus der Familie verstoßen, aus dem Beruf entlassen und konnte nur noch in der Prostitution oder im Showbusiness der Subkultur Geld verdienen.

Intersexuellen wurde und wird bis heute medizinische Gewalt angetan, indem ihnen ein Geschlecht nach Geburt operativ zugewiesen wird, mit allen nur denkbaren Folgen. Dies alles sei Resultat des homophoben Grundkonsenses der jungen BRD, der auf überkommenen christlich-völkischen Moralvorstellungen basierte und in seinen Auswirkungen alle in Mitleidenschaft zog, die nicht der vorherrschenden heteronormativen Norm entsprachen.

„Was hat das alles mit Düsseldorf zu tun? Dass Düsseldorf in der NS-Zeit ein Hotspot der Verfolgung von Männern war, die sich der widernatürlichen Unzucht schuldig gemacht hatten, habe ich schon erwähnt. Sowohl die Kriminalpolizei als auch die Gestapo waren hier äußerst aktiv, wobei die Düsseldorfer Gestapo auch in Köln, Essen, Duisburg, Wuppertal und anderswo „Amtshilfe“ leistete und v.a. 1938 um die 600 Männer inhaftierte. Was die Verfolgung lesbischer Frauen oder die von Transvestiten angeht, ist leider bislang kaum etwas bekannt.

Es ist aber schlechterdings nicht vorstellbar, dass diese nicht auch in Düsseldorf stattgefunden haben soll. Vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten hatte Düsseldorf eine blühende Subkultur. In der Zeitung war jetzt zu lesen, Düsseldorf sei für Homosexuelle damals das gewesen, was Köln heute ist. Ob das so stimmt, sei dahingestellt und ist eigentlich auch egal. Entscheidend ist, dass es eben auch hier in Düsseldorf eine lebendige Szene gab, der die Nazis den Garaus machten. Was die Nachkriegszeit angeht, zeigen die bisherigen Quellenfunde und wenigen Einzelstudien, die es gibt, dass Düsseldorf kein besonders homosexuellenfreundliches Pflaster gewesen zu sein scheint. Die Polizei holte hier wie anderswo nach dem Einmarsch der Alliierten sofort wieder Haftbefehle aus der Schublade, die durch den „Zusammenbruch“ nicht hatten vollstreckt werden können, und machten auch so Jagd auf Homosexuelle.

Regelmäßig gab es Razzien im Hofgarten, um dort cruisende Schwule dingfest zu machen. 1980 forderte eine Bürgerinitiative, nachdem im Hofgarten ein kleines Mädchen sexuell belästigt worden war, dass Polizei und Stadt auch mit den Homosexuellen aufräumen müsse, die sich dort träfen, und fand dabei zumindest verbale Unterstützung in der Stadtverwaltung.“

Herr Marcus Velke resümiert am Ende seines Vortrages, dass ein Denkmal sich auf gesicherte Quellenbefunde stützen kann, sofern es um Männer geht. Dabei sei es den Strafverfolgungsinstanzen aber egal gewesen, ob die verfolgten Personen sich als hetero-, homo- oder bisexuell oder als Transvestit begriffen. Entscheidend sei, dass gleichgeschlechtliche Handlungen vollzogen worden waren.

„Eine Inschrift oder ähnliches für Ihr Denkmal sollte dies berücksichtigen. Was Frauen, Trans- und Intersexuelle in Düsseldorf angeht, können Sie meines Wissens derzeit ihr Gedenken nicht auf gesicherte Quellenbefunde stützen. Wie ich schon mehrfach dargelegt habe, ist aber nicht davon auszugehen, dass die verfolgungswütige Düsseldorfer Gestapo und Kriminalpolizei Lesben und Transvestiten ungeschoren gelassen hätte. Auch für die Nachkriegszeit ist nicht davon auszugehen. Das Fehlen von gesicherten Erkenntnissen in diesem Bereich spricht also nicht gegen Ihr geplantes inkludierendes Denkmal, ganz im Gegenteil.“

Weiterhin äußert er sich gegen ein Denkmal, dass im Hofgarten oder in der ehemaligen Justizvollzugsanstalt Ulmer Höhe zu platzieren sei. Diese Orte seien für ein inkludierendes Denkmal denkbar ungeeignet, da sich Frauen mit diesen nicht identifizieren könnten.

Das Denkmal sollte, wenn es denn dann fertig ist, nicht nur für die zentralen Kranzniederlegungen genutzt werden, an der die Landespolitik, aber auch die Stadt Düsseldorf ihre LSBT*-I-Freundlichkeit „in Sonntagsreden zur Schau stellt.“

„Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass Sie hier in Düsseldorf dann wohl Köln den Rang ablaufen werden, wenn jährlich am 27. Januar vom Schwulen Netzwerk NRW und der LAG Lesben der homosexuellen NS-Opfer gedacht wird. Aber

das sollte Ihre geringste Sorge sein. Wenn Sie hier all die skizzierten Herausforderungen meistern, werden Sie ein Denkmal geschaffen haben, das seinesgleichen sucht. Wenn Sie Köln dann damit den Rang ablaufen, kann ich als Kölner wahrscheinlich sogar damit leben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Vortrag Überblick zu Denkmälern in der BRD und Europa – Astrid Hirsch

Astrid Hirsch ist freie Mitarbeiterin der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf. Sie hat an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf studiert und ist Historikerin. Sie ist in der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf in der Bildungsarbeit tätig, ist also eine der Praktiker_innen aus der Erinnerungsarbeit, die den Offenen Werkstatt-Tag unterstützen.

Frau Astrid Hirsch skizziert in ihrem Vortrag sowohl öffentliche und teil-öffentliche Erinnerungszeichen und Denkmäler zur Thematik. Sie beginnt dabei mit Erinnerungszeichen in Konzentrationslagern. Das erste Erinnerungszeichen habe es demnach erst 1984 gegeben.



Offener Werkstatt-Tag, Samstag, 10. März 2018, 11 bis 17 Uhr
Mahn- und Gedenkstätte, Mühlenstraße 29, 40213 Düsseldorf

- Erinnerungszeichen für homosexuelle Opfer des Nationalsozialismus gibt es in Europa seit 1984 -> die erste Gedenktafel entstand auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen in Österreich.
- Allgemein kann man zwischen „klassischen“ Gedenktafeln in Gedenkstätten und frei zugänglichen Denkmälern und Erinnerungszeichen in den Städten unterscheiden.
- Ähnliche Gedenktafeln wie in Mauthausen, befinden sich auf dem Gebiet der BRD in den Gedenkstätten KZ Dachau, Sachsenhausen und Buchenwald.



- Der erste Gedenkstein in der Bundesrepublik ist 1985 im Erinnerungsort KZ Neuengamme (Hamburg) entstanden.
- Gedenkstein „Rosa Winkel“.
- Die Initiative ging vom gemeinnützigen Verein „Unabhängige Homosexuelle Alternative e. V.“ (heute Magnus-Hirschfeld-Centrum e.V) aus.



Frau Astrid Hirsch stellt als nächstes das Erinnerungszeichen im KZ Dachau von 1985 vor. Sie erzählt, dass das Erinnerungszeichen im KZ Dachau für Kontroversen sorgte. Aktivist_innen von damals berichteten, dass man sie damals gefragt hätte: „Wollen sie das, das so ein Zeichen neben den anderen Erinnerungszeichen steht?“

Offener Werkstatt-Tag, Samstag, 10. März 2018, 11 bis 17 Uhr
Mahn- und Gedenkstätte, Mühlenstraße 29, 40213 Düsseldorf

- KZ Dachau Gedenktafel „Rosa Winkel“ 1985.
- das „Comité International de Dachau“ hatte ein Aufstellen im Gedenkraum in Dachau zunächst verweigert.
- Die Tafel wurde 1987 provisorisch im freien Bereich der Evangelischen Versöhnungskirche aufgestellt.
- 1995 wird sie erst akzeptiert und findet ihren Platz im Gedenkraum.
- Initiatoren waren hier der VSG (Verein für sexuelle Gleichberechtigung) und HuK (Homosexuelle und Kirche) München.



Mahn- und Gedenkstätte
Landesgeschichte Düsseldorf



- KZ Sachsenhausen „Gedenktafel für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus“ 1992.
- Initiatoren: DDR Schwulengruppen, u.a. Berliner Gesprächskreis Homosexualität der evangelischen Advent Kirchengemeinde, BVH (Bundesverband Homosexualität), HuK Berlin, SVD (Schwulenverband Deutschland) und Einzelpersonen.

Mahn- und Gedenkstätte
Landesgeschichte Düsseldorf



Als nächstes stellt Frau Astrid Hirsch das Erinnerungszeichen des KZ Buchenwald vor. Der dortige Gedenkstein sei demnach der erste, der auch mit Zahlen zu den homosexuellen Opfern versehen sei und auch ins Englische übersetzt sei - bis dahin einmalig.

- KZ Buchenwald „Gedenkstein mit Rosa Winkel“
2006.
- Initiatoren: Evangelische Kirche in
Mitteldeutschland



Im weiteren Verlauf des Vortrags stellt Frau Astrid Hirsch freistehende und zugängliche Orte für Erinnerungszeichen vor. Die erste freistehende Gedenktafel sei demnach 1989 am Nollendorfplatz in Berlin, also mitten in der Szene, angebracht worden.



Gedenktafel „Rosa Winkel“

Nollendorfplatz Berlin (1989)

- Historischer Ort: bereits im Kaiserreich und Weimarer Republik Szeneviertel.
- Im NS werden Razzien durchgeführt, Lokale geschlossen und Listen angelegt.
- Bis heute eine starke Community um den Platz herum.
- Lebendiger Erinnerungsort mit Veranstaltungen.
- Initiatoren: AHA (Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft) und HuK Berlin.





„Frankfurter Engel“

**Klaus Mann Platz
Frankfurt (1994)**

- Gesamtentwurf aus Skulptur und Platz -> bewusste Namensgebung des Platzes 1995.
- Künstlerin: Rosemarie Trockel.
- Abguss eines Engels des Kölner Doms mit abgeschlagenem und neu aufgesetzten Kopf sowie gestutztem Flügel.
- „Aus dem „himmlischen Wesen“ machte die Künstlerin so ein „irdisches Opfer“ als „Allegorie der Bestialität“ unter der Homosexuelle in der NS-Zeit gelitten hatten.“ (Dieter Bartetzko 2004)
- Initiatoren: Initiative Mahnmal Homosexuellenverfolgung e.V., realisiert durch bundesweite Spenden und Unterstützung der Stadt Frankfurt, der Hessischen Kulturstiftung und der Hannchen-Mehrzweck-Stiftung.




Granitskulptur „Rosa Winkel“

**Rheinufer an der
Hohenzollernbrücke Köln (1995)**

- Wahl fiel auf historischen und gleichzeitig beliebten Touristen Ort.
- Hohenzollernbrücke während des NS aber auch Nachkriegszeit beliebter Treffpunkt für schwule Männer.
- Seit der Einweihung 1995 ein gelebter Erinnerungsort: Kranzniederlegung am 27. Januar und eingebunden in Erinnerungskultur wie z.B. Stadtrundgänge.
- Eigene (aktive) Homepage <http://www.rosa-winkel-mahnmal.de>
- Initiatoren: AK Homosexualität der Gewerkschaft ÖTV Köln, realisiert durch Spenden



Das erste von der Bundesrepublik Deutschland unterstützte Denkmal, so Hirsch, sei 2008 im Tiergarten Berlin gegenüber vom Mahnmal für die ermordeten Juden Europas aufgestellt worden. Interessant sei hier, dass Workshops für Schulen angeboten werden und das Denkmal so in eine Erinnerungsarbeit eingebettet sei.



Hintergründe

- » Geschichte des Denkmals
- » Michael Elmgreen und Ingar Dragset
- » Film im Innern des Denkmals

Initiativen und Partner

- » www.gedenkort.de
- » www.rpsa-einkauf.de
- » www.homosexuellen-denkmale.de
- » www.lieb.de
- » www.berlin.luvf.de
- » www.stopp-homophobie.de

Faltblatt zum Denkmal

- » Deutsch
- » Englisch

Angebote für Schulen

- » Workshop «Verbotene Liebe»

Unterstützung unserer Arbeit

- » Spenden


Kontakt für Besucher

- » [besucherservice\[at\]stiftung-denkmale.de](mailto:besucherservice[at]stiftung-denkmale.de)


Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen

Großer Tiergarten Berlin (2008)

- Künstlerentwurf von Michael Elmgreen und Ingar Dragset -> angelehnt an das Holocaust Mahnmal.
- „Das Denkmal soll die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus ehren und zugleich «ein beständiges Zeichen gegen Intoleranz, Feindseligkeit und Ausgrenzung gegenüber Schwulen und Lesben setzen-“.
- Initiatoren: Initiative «Der homosexuellen NS-Opfer gedenken- und Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD), realisiert mit Mitteln des Bundeskulturstaatsministers.
- Gelebtes Gedenken mit Homepage, Workshops usw.







Namen und Daten der im Innern des Denkmals



Gedenkort für homosexuelle Opfer des NS-Regimes

Sterntor Nürnberg (2013)


- Historischer Ort: während der NS-Zeit einer der „heimlichen“ Treffpunkte für homosexuelle Männer.
- Reiht sich in eine Umgebung unterschiedlichen Denkmälern ein.
- Initiatoren: Bündnis90/Grünen mit Unterstützung des Nürnberger Verbandes für Schwule und Lesben sowie Verein Fliedertich e.V.
- Fester Bestandteil der Erinnerungskultur -> unter anderem regelmäßige Stadtrundgänge zum Thema.




Denkmal für im Nationalsozialismus verfolgte Homosexuelle in Lübeck

Zeughaus/Parade Lübeck (2016)

- Historischer Ort: ehemalige Gestapo-Zentrale -> Massenverhaftung am 23. Januar 1937.
- Ergänzung des Denkmals für „Die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ (1986).
- Schon vorher Kranzniederlegungen am 23. Januar.
- Künstler Erich Lethgau (erstes Denkmal) bekam Auftrag für Erweiterung.
- Initiatoren: Verein Lübecker CSD e.V., Kommunalpolitik (Bündnis90/Grünen).





Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Lesben und Schwulen

Oberanger/Altstadt München (2017)

- Historischer Ort: Lokal „Schwarzfischer“ -> 20. Oktober 1934 erste große Razzia in Bayer.
- Künstlerin: Ulla von Brandenburg.
- Bereits vor 2017 jährliche Kranzniederlegungen am 20. Oktober.
- „Das Kunstwerk reagiert damit nicht nur funktional bestmöglich auf den Ort, sondern breitet auch durch seine Betretbarkeit für die Passanten eine inhaltliche Tragweite aus. Ulla von Brandenburg hat ein Mahnmal für München geschaffen, das intuitiv zugänglich ist.“
- Ausführlicher Flyer zu Geschichte und Kunstwerk online.

Zum Abschluss des Vortrags gibt Frau Astrid Hirsch einen Ausblick auf Erinnerungsorte in Europa. Sie berichtet davon, dass beispielsweise nach Geschehnissen wie dem Attentat auf den Club Pulse in Orlando, bei denen Dutzende LGBTIQ umgebracht worden, die Erinnerungsorte als zentrale Orte für Gedenkminuten und Orte der Trauer genutzt werden.

Orte in Europa



„Homomonument“ Amsterdam (1987)



Am Ende des Vortrags lenkt Frau Astrid Hirsch den Blick wieder auf Düsseldorf und verweist darauf, dass es zu klären gilt, wie ein solcher Ort in Düsseldorf aussehen könnte.



Vortrag zur Umsetzung von Kunst im öffentlichen Raum – Jörg-Thomas

Alvermann

Jörg-Thomas Alvermann ist ein Düsseldorfer Künstler – Maler und Bildhauer. Und er ist designierter Vorsitzender der Kunstkommission der Stadt Düsseldorf, die sich gerade konstituiert und sich mit Fragen von Kunst am Bau und Kunst im öffentlichen Raum befassen wird.

Herr Jörg-Thomas Alvermann stellt in seinem Vortrag die Kunstkommission vor. Er freut sich, dass Frau Professorin Yeşim Akdeniz von der Kunstakademie und Kunstkommissionsmitglied Christoph Westermeier sowie Herr Nicolaus Grosch, Leiter der Geschäftsstelle der Kunstkommission am Offenen Werkstatt-Tag teilnehmen.

Herr Jörg-Thomas Alvermann erläutert, dass die Kunstkommission sich im Dezember 2017 Richtlinien für Kunst am Bau gegeben hat. Die Kunstkommission sei ein beratendes Gremium der Stadt, das unter anderem folgende Fragen aufgreift:

- Wie pflegen wir Kunst im öffentlichen Raum?
- Inwiefern muss Kunst im öffentlichen Raum versetzt werden?
- Was wird neu aufgestellt? Was lässt man stehen?

Die Kunstkommission, so Alvermann, habe weitreichende Möglichkeiten, der Stadt Vorschläge zu unterbreiten. Darüber hinaus können Bürger_innen ihre Ideen hier vorbringen. Er erwähnt aber auch, dass nicht alles, was durch die Kunstkommission ausgeschrieben wird, am Ende auch aufgestellt werden müsse.

Die Kunstkommission sei mit Stadtplaner*innen, Künstler*innen, Politiker*innen der Ratsfraktionen und Kunstwissenschaftler*innen besetzt. Die Kunstkommission habe einen Etat von 700.000 Euro im Jahr. Am 21. März 2018 findet die konstituierende Sitzung statt.

Link zur Kunstkommission: www.KUKODUS.de

Arbeit in Workshops

Workshop 1 – Ort, Aussehen und Form des Gedenkens

Workshop-Leitung: Oliver Keymis ist stellvertretender Präsident des Landtags in NRW, Vorsitzender des Landtagsausschusses für Kultur und Medien und kulturpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Die Teilnehmenden des Workshops stellen gleich zu Beginn des Workshops fest, dass es einen Erinnerungsort in Düsseldorf braucht. Sie wünschen sich eher etwas Abstraktes, das zum Nachdenken anregt. Die Vielfalt lasse sich so besser abbilden. Eine Tafel wird daher mehrheitlich abgelehnt, da diese wenige Aufmerksamkeit auf sich zieht und eine Distanz beim Vorübergehen schafft. Positiv bewertet wird das Denkmal in München. Dies sei flächenmäßig angelegt und weiter verteilt. Düsseldorf sollte sich daran orientieren, wünschen sich viele Anwesende. Das Denkmal solle einen „hineinziehen in die Geschichte“ statt Distanz durch eine Gedenktafel zu erzeugen. Eine Tafel wird vielen Anwesenden und ihren Bedürfnissen nicht gerecht. Die Anwesenden halte fest, dass ein Erinnerungsort:

- animiert,
- provoziert,
- einen optischen Bruch herstellt.

In diesem Zusammenhang wird positiv hervorgehoben, dass Düsseldorf eine sehr bunte Kunststadt ist. Deshalb sei es beim Prozess zu einem Erinnerungsort wichtig, Kunstakademie und andere künstlerische Einflüsse aus Düsseldorf einfließen zu lassen.

Weiterhin wird diskutiert, ob man an diesen Orten verweilen, sich aufhalten und sitzen kann. Viele Anwesenden wünschen sich dies. Es wird aber auch zu bedenken gegeben, dass Kunst auch zum später ausgewählten Ort passen soll. Ein Denkmal sehe demnach am Hauptbahnhof oder in der Altstadt sehr unterschiedlich aus.

Als Motiv für ein Aussehen und eine Form des Erinnerungsortes wird der „Blick“ bzw. das „Austauschen von Blicken“ sehr rege diskutiert. Blicke begleiten, so die Anwesenden, bspw. durch die Gestapo, durch die Bürgerinnen und Bürger oder sogar von Lesben und Schwulen das, was LSBTIQ unter Androhung von Gewalt und Verfolgung oder von Diskriminierungen oder bei gegenseitiger Anbahnung erleben. So könnte das Denkmal auch verwirrende Blicke auf sich ziehen, einen durch Blicke hineinziehen. Es solle daher auch ein Erinnerungsort im öffentlichen Raum sein, da die Repression bereits in der Öffentlichkeit droht. Angst habe man bereits auf offener Straße haben müssen. Eine Anwesende berichtet, dass sie beispielsweise heute noch homofeindliche Diskriminierung erlebt, wenn sie händchenhaltend durch die Öffentlichkeit geht. Blickachsen öffnen ebenso das Gedenken auf die Sozial- und Beziehungsebenen, um die es beim Gedenken geht. Es wird ein „Rosa Blickwinkel“ eingebracht.

Sehr ambivalent ist die Diskussion bei einem Gedenken, dass sich an einen Rosa Winkel anlehnt. Mehrheitlich anwesende schwule Männern äußern Sympathie. Der Rosa Winkel sei für viele ein wesentliches Symbol, wenn es um Schwulenverfolgung geht. Ein Anwesender berichtet, er habe ihn vor der Etablierung des Regenbogens am Revers getragen. Deshalb sollte er in ein Denkmal integriert werden. Von anwesenden lesbischen Teilnehmerinnen wird dies eher negiert. Es wird zu bedenken gegeben, dass der Rosa Winkel an Konzentrationslager und die dortige Lagerhierarchie erinnere und so ggf. nur schwer einen Bogen in die aktuelle Zeit spannen kann. Außerdem gebe es den Rosa Winkel bereits so oft. Eine weitere Kopie wünschen sich wenige. Er könne aber wie beim Denkmal in München zumindest aufgegriffen werden als ein Bestandteil.

Nach einer Kritik an Kranzniederlegungen, die in keine Erinnerungsarbeit eingebettet sind, wird dem entgegengesetzt, dass auch Kranzniederlegungen, so ritualisiert sie auch seien, eine gesellschaftliche Selbstvergewisserung darstellen. Rituale haben ihre eigene Kraft, die nicht verkannt werden sollte. Rituale seien auch ein Versprechen. Gewünscht wird von den Anwesenden, dass ein Denkmal keinen Abschluss darstellt. Es solle nicht der Eindruck

entstehen, dass die Geschichte oder die Auseinandersetzung um ein Gedenken nun aufhört. Es wird die Sorge geäußert, dass eine Enthüllung so wirken könne.

Herr Dr. Bastian Fleermann gibt den Anwesenden im Workshop zu ihrer Diskussion mit, dass diese berücksichtigen mögen, dass alle Orte eine gewisse Aufladung besitzen und ein Denkmal dann auch vor Ort gestaltet werden müsse. Ebenso solle aufgepasst werden, dass wie bereits von vielen mehrheitlich zum Ausdruck gebracht wurde, ein Ort inklusiv sein und nicht nur für schwule Erinnerung gewidmet sein sollte. Als ein positives Beispiel wird in diesem Zusammenhang von einem Anwesenden der Entstehungsprozess und der partizipierende Ansatz beim Gedenken an die KZ-Außenlager in Düsseldorf genannt. Hier haben Schüler_innen mitgewirkt.

Die Anwesenden diskutierten im weiteren Verlauf konkrete Orte. Ein Anwesender schlägt vor, den Graf-Adolf-Platz auszuwählen. Dort habe sich früher die letzte unterirdische Klappe (Pissoir zur Anbahnung von Sexualkontakten zwischen Männern) befunden. Dort habe der verstorbene Oberbürgermeister Erwin „noch den OSD hingeschickt“, um „aufzuräumen“. Andere empfinden diesen Ort als nicht repräsentativ und zu stark von Repression geprägt. Eine hitzige Diskussion entsteht, ob auch Klappen Orte von Lust und Freiheit sind oder nicht eher Zeugnis von Verfolgung und Verdrängung.

Andere Anwesende äußern sich gegen die Ulmer Höhe als einen Erinnerungsort. Dort wünschen sich die Anwesenden eher eine Gedenktafel, um an sogenannte Entmannungen zu erinnern. Ein anderer Ort ist der Ehrenhof. Hier habe 1924 die Ausstellung „Entartete Kunst“ stattgefunden. Der Ehrenhof sei ein Stück Selbstbild Düsseldorfs und der Hofgarten befindet sich daneben. Dieser sei stets ein „schwuler Flucht- und Lustort“ gewesen. Der Ehrenhof wird aber auch kritisiert. Hier seien bereits andere Gedenkort. Dort würde ein Mahnmal nur in einer Reihe zu anderen stehen, wäre es erschwert, mehrere Bedeutungsebenen aufzumachen. Dort hätte man kein Alleinstellungsmerkmal.

Ebenso wird der Apollo-Platz angeregt. Dieser sei sehr gut besucht, hier findet immer der Christopher-Street-Day statt.

Als weiterer Ort wird der Platz vor dem Hauptbahnhof angeregt. Dieser Ort sei voller Geschichte, von hier seien Lesben und Schwule in andere Städte gefahren, um in die Szene zu gehen, oder hier kommen sie auch an, um in Düsseldorf in die Szene zu gehen. Am Bahnhofsvorplatz habe früher die Anbahnung von Strichern mit Männern stattgefunden. Hierzu gibt es Kritik, dass dies der Konrad-Adenauer-Platz ist und LSBTIQ dies daher ablehnen könnten. Grundsätzlich wird diese Idee aber aus einem Grund abgelehnt. Der Bahnhofsvorplatz sei Eigentum der Deutsche Bahn und die Neugestaltung sei ein kompliziertes Unterfangen. Ein Denkmal könnte sich so „noch ewig“ verzögern.

Als ein zentraler Ort Düsseldorfs wird das Rheinufer diskutiert. Hier fließe das Leben, das rheinische Lebensgefühl. Der Rhein verbindet Düsseldorf mit der Region und es wird ein Vergleich gezogen, dass die Gestapo Düsseldorf ebenso durch „Amtshilfe“ in anderen Städten wie Duisburg und Köln Jagd auf Schwule gemacht habe. Der Rhein stehe darüber hinaus für Fruchtbarkeit und das Leben. Um den Düsseldorf-Bezug herzustellen, werden auch die südliche und nördliche Düssel angeregt. Düsseldorf sei eine Hochburg der Verfolgung gewesen. Hier sei ebenso der „Vater Rhein“, eine ehemalige Kneipe gewesen.

Als Form werden von den Anwesenden verschiedenfarbige Betonstelen besprochen. Diese könnten zum Verweilen einladen, wenn man darauf sitzen kann. Sie könnten auch ein Spiel aus „Täter und Opfer“ offenlassen. Weiter wird ein „Puzzle“ angeregt: Ein Hauptmahnmal, dass durch verschiedene Tafeln an anderen Orten in Düsseldorf ergänzt wird und am Hauptmahnmal darauf aufmerksam macht, welche Orte es noch so gibt. Die Buntheit und verschiedene Formen könnten aufzeigen, dass LSBTIQ individuell sind. Die Nationalsozialisten haben LSBTIQ alle gleichgemacht. Dies könnte hier gegensätzlich aufgegriffen werden.

Abschließend werden die Ergebnisse des Workshops durch Stimmungsbilder zusammengefasst. Bei den Orten melden sich nur drei Personen von etwas mehr als zwanzig Personen, dass sie sich den Ehrenhof oder Graf-Adolf-Platz vorstellen können.

Einstimmig wird von allen Anwesenden ein Ort zwischen den Düsselarmen und dem Rhein und dem „Vater Rhein“ im alten Hafen gewünscht.

Bei der künstlerischen Umsetzung resümieren die Anwesenden, dass es den Künstler_innen offengehalten werden soll, ob das Gedenken figurativ, mit einer Lichtinstallation oder abstrakt umgesetzt wird. Das Gedenken solle jedenfalls nutzbar sein, bspw. zum Sitzen. Hier sollen Rituale und verschiedene Blickwechsel integriert sein. Es soll einen in das Denkmal ziehen.

Der Prozess um eine Form soll weiter partizipativ gestaltet sein. Dies wünschen sich alle Anwesenden.

Workshop 2 – Wem oder was gedenken wir?

Workshop-Leitung: Ansgar Drücker ist Geschäftsführer des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) und kommt aus der verbandlichen Jugendarbeit. Er ist u.a. in Initiativen für Geflüchtete, insbesondere für queere Geflüchtete, ehrenamtlich tätig und wohnt in Düsseldorf.

Die Anwesenden sind sich einig, dass es eine schwierige Herausforderung ist, Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung zusammen zu gedenken. Aber: das Denk-Mal soll umfassend sein, sowohl intersektional als auch inklusiv und mit individuellem Bezug ohne die Vielfalt aus den Augen zu verlieren.

Es darf nicht nur an Schwule gedacht werden und nicht nur an die NS-Zeit, es soll an die kaputt gemachten Emanzipationsbewegungen vor 1933 ebenso gedacht werden, wie an das Erreichte und eine Ehrung der engagiert für Freundinnen und Freunde, Lesben, Schwule, Bi, Trans* und Queere* Kämpfenden, also jene, die Menschenfeindlichkeit und Diskriminierungen überwinden wollten.

Es darf nicht nur Bezug genommen werden auf Täterakten, sondern eigene Lebenszeugnisse müssen beachtet werden.

Damit ist ein Kunstwerk überfrachtet, so dass es auf jeden Fall einer begleitenden Homepage braucht, mittels QR-Code kann an dem Denk-Mal darauf verwiesen werden.

Den Anwesenden ist bewusst, dass es neben den Opfern bzw. Betroffenen von Gewalt und Diskriminierung auch Täter_innen gab, die lesbisch oder schwul oder bisexuell begehren.

Dieses Begehren zwischen Menschen, das in private Räume verwiesen wurde und eben nicht in der Öffentlichkeit stattfinden durfte, wollen die Teilnehmenden des Workshops in den Mittelpunkt der künstlerischen Umsetzung gesetzt sehen. Dieses Fühlen, Handeln und Sein sprengt den Rahmen und ist die Brücke zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Workshop 3 – Wie schaffen wir eine gelebte und erlebte Erinnerungskultur?

Workshop-Leitung: Josefine Paul ist stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Sprecherin für Kinder, Jugend und Familie sowie für Frauen- und Queerpolitik und schließlich auch für Sportpolitik. Sie hat ihren Wahlkreis in Münster, ist Düsseldorf aber eng verbunden.

Die Teilnehmenden des dritten Workshops wollen, dass es einen offenen und partizipativen Prozess hin zu einem Erinnerungsort gibt. Es wird gefragt, ob sich wirklich alle Gruppen einbringen und sich alle Gruppen von LSBTIQ im Erinnerungsort wiederfinden. Der Erinnerungsort braucht für eine erlebte und gelebte Erinnerungskultur bestimmte Rahmenbedingungen, um zu einem interaktiven und alltagsintegrierten Ort zu werden:

- lädt zum Verweilen, Nachdenken, Gedenken ein (durchaus animieren, provozieren, Kontroversen auslösen)
- ein gelebter Ort, wo man sich einbringt, der genutzt werden darf
- „mitten im Alltagsleben“
- kein starrer Ort
- ein Ort, der im Gespräch ist

Der Erinnerungsort soll ein Ort der Fortbildung bzw. ein außerschulischer Lernort werden:

- Kooperationen mit Schulen, Ausbildungsseminaren
- Begegnungen ermöglichen
- Persönliche Bezüge und Anknüpfungspunkte herstellen
- Niedrigschwellig Berührungspunkte abbauen durch eine zielgruppenspezifische Ansprache für Schulen, Kinder und Jugendliche sowie anders Interessierte

Als Kommunikationsmittel soll eine Webseite zentral über den Erinnerungsort informieren und ggf. durch einen Social-Media-Auftritt oder eine App begleitet werden.

Der Erinnerungsort soll durch Patenschaften und Schulpatenschaften in die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger – auch bereits bei der Planung – gegeben werden. Diese können zum Beispiel Aufgaben wie Pflege oder die Organisation von Veranstaltungen übernehmen. Klar ist den Teilnehmenden auch, dass der Erinnerungsort in dem Quartier bzw. in der Nachbarschaft mit den Anwohner_innen gemeinsam besprochen werden soll. Die Anwohner_innen sollen einbezogen werden. Dies wäre durch eine Stadtteilwerkstatt realisierbar.

Der Erinnerungsort soll weiterhin in Rundgänge, auch von städtischer Seite, eingebettet werden. Es werden Workshops und pädagogische Arbeit an dem Erinnerungsort angeregt. Im Sommer könnte der Ort für positive Aktionen wie Sommerfeste geöffnet werden, auch für Menschen, die vordergründig nichts mit dem Erinnerungsort zu tun haben.

Zuletzt haben die Teilnehmenden diskutiert, was dieser Erinnerungsort für eine gelebte Erinnerungskultur leisten muss:

- Diskriminierung und Verfolgung soll an diesem Ort nicht isoliert betrachtet werden
- es soll erklärt werden, warum ein solches Gedenken heute notwendig ist
- Sichtbarkeit – im wörtlichen und übertragenen Sinne
- Verbände und Politik aktiv einbeziehen und auf diese zugehen:
Migrantenselbstorganisation, Integrationsrat, Jüdische Gemeinde

Ergebnispräsentation und Zielformulierungen

Nach der Ergebnispräsentation finden eine kurze Aussprache statt. Alle Anwesenden stellen fest, dass sich ihre Ergebnisse nicht widersprechen und sie mit den Ergebnissen der anderen Workshops mitgehen. Alle Anwesenden wünschen sich, dass die Kunstkommission Düsseldorf in den Prozess eingebunden wird. Der skizzierte öffentliche Raum für ein solches Denkmal (zwischen den Düsselarmen, Rheinufer und alter Hafen) ist Konsens unter den Teilnehmenden.

Partizipation und Öffentlichkeitsarbeit

Der Impuls vom Offenen Werkstatt-Tag soll genutzt werden. Der Prozess mit Künstler_innen soll offen für Partizipation von Bürger_innen sein. Die Anwesenden geben den Auftrag an die Organisator_innen, auch weiterhin Unterstützung in der Stadtgesellschaft zu suchen. Ebenso solle in der Stadtgesellschaft Unterstützung für die Finanzierung eines Denkmals gesucht werden.

Christian Naumann stellt in diesem Zusammenhang kurz die Unterstützung aus der Stadtgesellschaft bzw. deren Vertreter_innen vor. Die Initiative wird bspw. durch die Jüdische Gemeinde Düsseldorf, die AWO Düsseldorf, die Diakonie Düsseldorf, den DGB-Stadtverband, die Hochschule Düsseldorf, den Heimatverein De Jonges, den Stadtjugendring, das Theater FLIN, die Fortuna Düsseldorf u.a. namentlich unterstützt.

Unterstützer_innen und Sponsor_innen sollen die Möglichkeit erhalten, namentlich genannt zu werden.

Auf Facebook (facebook.de/forumduesseldorf) wird im weiteren Verlauf über Aktuelles berichtet. Auf der Webseite des Forums Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen wird eine Unterseite eingerichtet (www.forumLSTduesseldorf.de).

Ein Fact Sheet soll über die Ergebnisse und alles Weitere informieren.

Politische Umsetzung

Die Zuständigkeit für weitere organisatorische Schritte soll weiterhin beim Forum Düsseldorfer Lesben-, Schwulen- und Trans*-Gruppen liegen. Frau Gabriele Bischoff und Herr Christian Naumann erklären sich hierzu im Namen des Forums bereit.

Das Forum soll alle Beteiligten an einen Tisch bringen.

Die Kunstkommission soll damit beauftragt werden, eine Auslobung für ein Denkmal vorzunehmen.

Der Stadtrat soll zeitgleich einen grundsätzlichen Beschluss für einen Auftrag innerhalb der Stadtverwaltung für eine Umsetzung eines Denkmals fassen. Nach Konkretisierung und Klarheit über alle Kosten und Bedingungen solle der Stadtrat ein weiteres Mal abschließend entscheiden.

Alle Fraktionen, namentlich CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, sollen eingebunden werden. Die Teilnehmenden wünschen sich einen interfraktionellen Konsens.

Zeitplanung

- 2018 – politischer Grundsatzbeschluss im Stadtrat
 - Vorstellung in der Kunstkommission
 - Gespräch mit der Planungsdezernentin
 - erste Sitzung eines organisatorischen Arbeitskreises zur Umsetzung
 - Auslobung der Kunstkommission?
- 2019 – Klärung von Ort, Umfang, Kosten
- 2020 – spätestens 2020 Beschluss des Stadtrats